

Protokoll – öffentlicher Teil

40. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Soziales, Wohnen und Inklusion

Sitzungstermin:	Dienstag, 23.04.2024
Sitzungsbeginn:	18:02 Uhr
Sitzungsende:	19:47 Uhr
Ort, Raum:	Raum "Sanssouci", Edisonallee 5 - 9, 14473 Potsdam

Anwesend

Vorsitz

Uwe Adler	SPD	Sitzungsleitung
-----------	-----	-----------------

Mitglieder

Philipp Ziems	DIE aNDERE	
Isabelle Vandre	Die Linke	
Birgit Eifler	Bündnis 90/Die Grünen	
Uwe Fröhlich	Bündnis 90/Die Grünen	
Matthias Finken	CDU	Vertretung für: Lars Eichert

zusätzliches Mitglied

Götz Thorsten Friederich	Mitten in Potsdam
Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg	Potsdam sozial gerecht

sachkundige Einwohner

Heiderose Gerber	DIE aNDERE
Kathrin Jackel-Neusser	SPD
Hendrik Nolde	Bündnis 90/Die Grünen
Tom Seefeldt	Freie Demokraten
Nina Waskowski	DIE LINKE

Beigeordnete

Brigitte Meier

Vertreter der Beiräte

Rolf Lessing	Beirat für Menschen mit Behinderung
Fereshta Hussain	Migrantenbeirat
Peter Mundt	Seniorenbeirat

Abwesend

Mitglieder

Alexander Dietmar Wietschel	Freie FRAKTION	nicht entschuldigt
-----------------------------	----------------	--------------------

Pete Heuer	SPD	entschuldigt
Lars Eichert	CDU	entschuldigt
Sabine Becker	Freie Demokratische Partei	entschuldigt

sachkundige Einwohner

Wolfgang Kroll	Beirat für Menschen mit Behinderungen Mitten in Potsdam	entschuldigt
Stefan Lüdcke		nicht entschuldigt
Kerstin Sammer	CDU	nicht entschuldigt
Alexander Tassis	AfD	nicht entschuldigt

Gäste:

Frau Dr. Amanda Palenberg	Büro für Chancengleichheit und Vielfalt
Frau Uta Kitzmann	Fachbereich Soziales und Inklusion
Herr Gregor Jekel	Fachbereich Wohnen, Arbeit und Integration
Herr Simon Wieland	RegioKontext GmbH (zu TOP 5.5)

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung
- 3 Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen das Protokoll des öffentlichen Teils der Sitzung vom 19.03.2024
- 4 Berichte der Beiräte und der Steuerungsgruppe Inklusion
- 5 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
 - 5.1 Trinkwassersparsysteme bei neuen Wohnbauprojekten 23/SVV/1395
Fraktion der Freien Demokraten
 - 5.2 Zukunftsprogramm für Jugendfreizeitflächen 24/SVV/0216
Fraktion SPD; Fraktion Die Linke
 - 5.3 Aufwertung der Nachbarschafts- und Begegnungshäuser 24/SVV/0351
Fraktion Potsdam sozial gerecht
 - 5.3.1 Aufwertung der Nachbarschafts- und Begegnungshäuser 24/SVV/0351-01
Fraktion Potsdam sozial gerecht

- | | | |
|-----|--|-------------|
| 5.4 | Programm für barrierefreies Wohnen durch Nachrüstung von Aufzügen
<i>Fraktion Potsdam sozial gerecht</i> | 24/SVV/0379 |
| 5.5 | Fortschreibung des wohnungspolitischen Konzepts für die Landeshauptstadt Potsdam
<i>Oberbürgermeister, Fachbereich Wohnen, Arbeit und Integration</i> | 24/SVV/0411 |
| 6 | Mitteilungen der Verwaltung | |
| 6.1 | Vorläufige Ergebnisse der sondierenden Haushaltsbetrachtung 2025 (dezentrale Ergebnisse der Geschäftsbereiche) – einschließlich der vorläufigen Ist-Daten der Jahre 2022 und 2023 - Darstellung über IKVS
<i>Geschäftsbereich Finanzen, Investitionen und Controlling</i> | 24/SVV/0462 |
| 6.2 | Ergebnisse der Prüfung bezüglich Gesundheitskioske bezüglich DS Nr.: 23/SVV/0706
<i>Oberbürgermeister, Fachbereich Öffentlicher Gesundheitsdienst</i> | 24/SVV/0416 |
| 6.3 | Erarbeitung des neuen Gesamtkonzepts Wohnungsnotfallhilfe in der Landeshauptstadt Potsdam bezüglich DS Nr.: 22/SVV/0824
<i>Oberbürgermeister, Fachbereich Wohnen, Arbeit und Integration</i> | 24/SVV/0441 |
| 6.4 | Förderung dauerhafter sozial- und gesundheitsfördernder Maßnahmen verstetigen bezüglich DS Nr.: 23/SVV/0841
<i>Oberbürgermeister, Fachbereich Soziales und Inklusion</i> | 24/SVV/0443 |
| 6.5 | Umsetzung des Paktes für Pflege in der Landeshauptstadt Potsdam | |
| 6.6 | Präsentation der Ergebnisse 2023 zum Zweckentfremdungsverbot | |
| 6.7 | Förderung von Angeboten zur sozialen Integration von Geflüchteten 2024 | |
| 6.8 | Aufnahme und Unterbringung Geflüchteter: Aktueller Sachstand | |
| 6.9 | Sachstand Bearbeitung Behindertenparkausweise | |
| 7 | Sonstiges | |

Protokoll

Öffentlicher Teil

1 Eröffnung der Sitzung

Begrüßung und Eröffnung der Sitzung durch den Ausschussvorsitzende, Herrn Uwe Adler.

2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

Herr Adler stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 6 von 9 stimmberechtigten Mitgliedern anwesend. Somit ist die Beschlussfähigkeit des Ausschusses gegeben.

Herr Adler stellt die Tagesordnung zur Abstimmung. Er schlägt vor, die Beratung zum TOP 5.5 vorzuziehen und als TOP 5.1 zu behandeln, da hier externe Gäste anwesend sind.

Die so geänderte Tagesordnung wird **einstimmig bestätigt**.

3 Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen das Protokoll des öffentlichen Teils der Sitzung vom 19.03.2024

Herr Adler stellt das Protokoll zur Sitzung vom 19.03.2024 zur Abstimmung.

Das Protokoll wird mit 5 Zustimmungen und 1 Stimmenthaltung **bestätigt**.

4 Berichte der Beiräte und der Steuerungsgruppe Inklusion

Die Berichte der Beiräte liegen schriftlich vor.

Frau Hussain dankt dem GSWI-Ausschuss für die gute Zusammenarbeit und Unterstützung in den vergangenen 5 Jahren.

Herr Dr. Lessing erinnert daran, dass am 23.05.2024, 18:00 Uhr in der IHK Potsdam die Podiumsdiskussion zur Vorstellung der Auswertung der Wahlprüfsteine stattfindet.

Frau Dr. Palenberg weist darauf hin, dass vom 27.04.2024 bis zum 26.05.2024 die Potsdamer Inklusionstage mit sehr vielen verschiedenen Veranstaltungen stattfinden. Sie verweist auf die Broschüre dazu, die im Sitzungsraum für die Ausschussmitglieder ausgelegt wurde.

5 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

5.1 Trinkwassersparsysteme bei neuen Wohnbauprojekten

23/SVV/1395
zur Kenntnis genommen

Frau Meier weist darauf hin, dass hier keine fachliche Zuständigkeit vorliegt.

Herr Adler bittet daraufhin um Abstimmung über die Feststellung der Nichtzuständigkeit.

Die Nichtzuständigkeit wird einstimmig festgestellt.

5.2 Zukunftsprogramm für Jugendfreizeitflächen

24/SVV/0216
geändert beschlossen

Herr Jekel verweist auf die Vorschläge der Deckungsquellen zur Finanzierung, die seinen Fachbereich betreffen. Die im ersten Punkt als Deckungsquellen dargestellten Mittel aus Überschüssen nach Abschluss der Sanierungsmaßnahme Babelsberg würden erst durch Verkauf des Grundstücksvermögens verfügbar. Dieses bestehe im Wesentlichen aus Gebäuden mit insgesamt ca. 90 bewohnten Mietwohnungen. Das Treuhandvermögen sei außerdem ursprünglich mit der Auflage gebildet worden, davon maximal 50 Prozent mit der Zweckbindung zu veräußern, mit den Einnahmen Leerstand zu beseitigen und neuen Wohnraum zu schaffen und die verbliebenen Wohngebäude nach Abschluss der Sanierungsmaßnahme wieder ohne Gegenleistung in das Vermögen der Stadt Potsdam zurückzuübertragen. Diese Beschlüsse müssten dann parallel von der SVV aufgehoben werden.

Die Mittel zum dritten Punkt werden weiterhin dringend für die Umsetzung von investiven Maßnahmen zur Unterbringung von Geflüchteten benötigt, entweder für das Nedlitzer Holz, zu dem seit Juli 2023 ein Eilverfahren am VG Potsdam anhängig ist, oder für Unterkünfte an anderer Stelle. Die Unterbringung ist eine pflichtige Aufgabe und auch der Bedarf ist gegeben. Die Finanzierung dieser Maßnahme sei außerdem außerplanmäßig aus anderen investiven Maßnahmen erfolgt (siehe Anlage zum Beschluss 23/SVV/0396 vom 11.5.2023). Sollten nicht alle Mittel zur Umsetzung des Bauvorhabens Nedlitzer Holz erforderlich sein, wäre auch über die Rückführung in diese Maßnahmen zu entscheiden.

Aufgrund der Darstellung von Herrn Jekel stellt Frau Vandre folgenden **Antrag zur Geschäftsordnung** und begründet dies:

Die im 1. und 3. Punkt dargestellten Deckungsquellen zur Finanzierung werden gestrichen.

Herr Adler stellt zunächst den Geschäftsordnungsantrag zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 4
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 2

Anschließend stellt er die so geänderte Drucksache zur Abstimmung:

Beschlussempfehlung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt für die Herstellung und Sanierung von Jugendfreizeitflächen ein Investitionsprogramm für die Jahre 2025 bis 2029 aufzustellen.

Das Zukunftsprogramm beinhaltet folgende prioritäre Investitionsmaßnahmen:

- (1) Herstellung der „Jugendaktionsfläche Nuthepark“
- (2) Herstellung des Skaterparks unter der Nutheschnellstraße inklusive eines Gestal-

- tungswettbewerbs, sowie die Sanierung des Skaterparks im Lindenpark
- (3) Herstellung Jugendsportpark Marquardter Chaussee und „Pumptrack Kantstraße“
 - (4) Herstellung von Jugendfreizeitangeboten im Bereich Bornstedter Feld, insbesondere eine „Pumptrackanlage“
 - (5) Sanierung der Spielwelten / Spielplätze im gesamten Stadtgebiet, insbesondere Urwaldspielplatz Kiefernring, Spl. Max-Born-Straße und Spl. Gaußstraße
 - (6) Weiterhin ist prioritär bis zum 30.09.2024 zu prüfen, wie die Maßnahme „Sanierung Jugendfreizeitstätte Ribbeckeck“ in das Zukunftsprogramm einbezogen werden kann.

Darüber hinaus sind weitere Maßnahmen aus dem STEK Spielflächen zu prüfen, ob in dem genannten Zeitraum eine Umsetzung ermöglicht werden kann.

Für das Zukunftsprogramm ist ein Haushaltsansatz zu bilden, welches aus den folgenden Quellen finanziert wird:

- ~~Vor dem Hintergrund des Abschlusses der Sanierungsmaßnahme Babelsberg sollen aus den Überschüssen von 2025 bis 2029 jährlich mindestens 1,25 Mio. EURO für das Sondervermögen bereitgestellt werden.~~
- Aus dem Investitionshaushalt der LH Potsdam sollen von 2025 bis 2029 jährlich zusätzlich mindestens 1,25 Mio. EURO, über die bereits in der mittelfristigen Finanzplanung vorgesehenen Maßnahmen hinaus, bereitgestellt werden.
- ~~Diejenigen Mittel, die nicht für die Geflüchtetenunterkunft Nedlitzer Holz benötigt werden, sind bis zu einer Höhe von 3,5 Mio. EURO den Mitteln zur Finanzierung der Vorhaben umzuwidmen~~
- Weitere Finanzierungsmöglichkeiten für die Folgejahre sind zu prüfen und aufzuzeigen, so z.B. aus bisher noch nicht in genauer Höhe benennbaren Finanzierungsquellen, wie der sog. „Solar-Euro“ oder weitere finanzielle Beteiligungen der Kommune an Einnahmen aus Erneuerbaren Energien (Windenergie etc.) sowie im Rahmen der Entwicklungsmaßnahme Bornstedter Feld.

Über die Finanzierung und Ausgestaltung informiert der Oberbürgermeister die Stadtverordnetenversammlung noch im 2. Quartal 2024.

Darüber hinaus erfolgt ab 2025 eine jährliche Berichterstattung durch den Oberbürgermeister, jeweils im ersten Quartal des Jahres, über die Finanzierungsmöglichkeiten/-quellen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: **3**
Ablehnung: **1**
Stimmenthaltung: **2**

5.3 Aufwertung der Nachbarschafts- und Begegnungshäuser

24/SVV/0351
geändert beschlossen

Herr Dr. Scharfenberg bringt den Antrage ein und erklärt, dass der Änderungsantrag der Fraktion CDU mit der DS-Nr. 24/SVV/0251-01 so übernommen wird.

Frau Meier regt an, den **letzten Satz wie folgt zu ergänzen**: Der Entwurf des Konzepts **mit einer Darstellung der notwendigen Kosten** ist im Dezember 2024 vorzulegen.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, stellt Herr Adler zunächst die Änderungen zur Abstimmung.

Die Änderungen werden einstimmig angenommen.

Anschließend stellt Herr Adler den so geänderten Antrag zur Abstimmung.

Beschlussempfehlung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, **im Rahmen des beschlossenen Gesamtkonzept für die Stadtteilarbeit** konkrete Maßnahmen zu einem Ausbau und zu einer Aufwertung der Nachbarschafts- und Begegnungshäuser als generationsübergreifende Zentren des Zusammenlebens in den Stadtteilen zu entwickeln und in einem Konzept zusammenzufassen.

Ziel ist es, in jedem Stadtteil mindestens ein Nachbarschafts- und Begegnungszentrum als Stätte der generationsübergreifenden Begegnung, des vielfältigen Austauschs, des kulturellen Lebens und der bürgerschaftlichen Mitwirkung zu haben und dafür eine entsprechende Ausstattung zu sichern.

Der Entwurf des Konzepts **mit einer Darstellung der notwendigen Kosten** ist im Dezember 2024 vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	6
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	0

5.3. Aufwertung der Nachbarschafts- und Begegnungshäuser

24/SVV/0351-01
geändert beschlossen

1

Beschlussempfehlung:

Der Beschlusstext wird wie folgt ergänzt:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, **im Rahmen des beschlossenen Gesamtkonzept für die Stadtteilarbeit** konkrete Maßnahmen zu einem Ausbau und zu einer Aufwertung der Nachbarschafts- und Begegnungshäuser als generationsübergreifende Zentren des Zusammenlebens in den Stadtteilen zu entwickeln und in einem Konzept zusammenzufassen.

Ziel ist es, in jedem Stadtteil mindestens ein Nachbarschafts- und Begegnungszentrum als Stätte der generationsübergreifenden Begegnung, des vielfältigen Austauschs, des kulturellen Lebens und der bürgerschaftlichen Mitwirkung zu haben und dafür eine entsprechende Ausstattung zu sichern.

Der Entwurf des Konzepts **mit einer Darstellung der notwendigen Kosten** ist im Dezember 2024 vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	6
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	0

5.4 Programm für barrierefreies Wohnen durch Nachrüstung von Aufzügen

24/SVV/0379
abgelehnt

Herr Dr. Scharfenberg bringt die Drucksache ein und begründet diese. Er bringt folgenden **Ergänzungsantrag** ein: **Zugleich soll geprüft werden, wie die Stadt mit ihren Möglich-**

keiten solche Maßnahmen befördern kann.

Herr Jekel verweist auf die bereits bestehende Förderrichtlinie und die zur Verfügung stehenden Mittel. Er informiert, dass die Wohnungsunternehmen sehr daran interessiert sind, diese Fördermittel in Anspruch zu nehmen. Wichtig ist, dass der Fördertopf auskömmlich ausgestattet wird. Des Weiteren informiert er, dass die Verwaltung mit dem Fördermittelgeber sowie mit den Wohnungsunternehmen im Kontakt dazu ist.

Herr Adler stellt zunächst die Änderung zur Abstimmung:

Zustimmung: 0
Ablehnung: 1
Stimmenthaltung: 5

Anschließend stellt er die so geänderte Drucksache zur Abstimmung.

Beschlussempfehlung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, sich beim Bund und beim Land für eine verstärkte Förderung der Nachrüstung von Aufzügen in mehrgeschossigen Wohngebäuden einzusetzen. Ziel ist es dabei, insbesondere in den Wohngebieten des komplexen Wohnungsbaus den Anteil barrierefreier Wohnungen deutlich zu erhöhen.

Die Stadtverordnetenversammlung ist im Dezember 2024 über den Stand der Bemühungen zu informieren.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 0
Ablehnung: 5
Stimmenthaltung: 1

5.5 Fortschreibung des wohnungspolitischen Konzepts für die Landeshauptstadt Potsdam

24/SVV/0411
ungeändert beschlossen

Herr Wieland (RegioKontext GmbH) stellt anhand einer Präsentation die Fortschreibung des Wohnungspolitischen Konzeptes vor. Dazu gibt er eingangs einen Überblick über den Prozess und geht dann auf die Rahmenbedingungen am Wohnungsmarkt ein. Er gibt einen Rückblick auf das Wohnungspolitische Konzept von 2015 und stellt die Ergebnisse vor. Danach stellt er die Handlungsfelder für die Fortschreibung vor.

Im Anschluss beantwortet er Nachfragen von Seiten der Ausschussmitglieder.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, stellt Herr Adler die vorliegende Drucksache zur Abstimmung.

Beschlussempfehlung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Fortschreibung des wohnungspolitischen Konzeptes (Anlage 1) als evidenzbasierte Grundlage und Rahmen für das wohnungspolitische Handeln und Steuern der Landeshauptstadt Potsdam in den nächsten Jahren.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die im Konzept als Meilensteine formulierten Maßnahmen umzusetzen und die benannten Stellen als Umsetzungsvoraussetzung zu schaffen.

Die für die Umsetzung dieser Meilensteine erforderlichen zusätzlichen finanziellen Mittel in

Höhe von insgesamt 575.000 Euro im Zeitraum 2025 bis 2028 sind in der jeweiligen Haushaltsplanung zu berücksichtigen. Ebenso sind die erforderlichen Stellenmehrbedarfe im Umfang von 5,0 VZE im Stellenplan zu berücksichtigen.

Aufgrund der veränderten Haushaltslage der LHP erfolgt die Umsetzung des wohnungspolitischen Konzeptes im Rahmen des bestehenden Stellenplans. Dabei ist zu prüfen, ob alle 5 VZ bereits im Jahr 2025 umgesetzt werden müssen oder ein stufenweiser Aufbau über 2 Jahre sinnvoll ist. Gleiches gilt für die Sachkosten. Hier ist eine stufenweise Umsetzung zu prüfen. Solange steht die Umsetzung der einzelnen Maßnahmen unter (Haushalts)Vorbehalt.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: **5**

Ablehnung: **1**

Stimmenthaltung: **0**

Anlage 1 TOP 5.5_Präsentation_WoPoKo (öffentlich)

6 Mitteilungen der Verwaltung

6.1 Vorläufige Ergebnisse der sondierenden Haushaltsbetrachtung 2025 (dezentrale Ergebnisse der Geschäftsbereiche) – einschließlich der vorläufigen Ist-Daten der Jahre 2022 und 2023 - Darstellung über IKVS

24/SVV/0462
zur Kenntnis genommen

Die Drucksache wird zur Kenntnis genommen.

6.2 Ergebnisse der Prüfung bezüglich Gesundheitskioske bezüglich DS Nr.: 23/SVV/0706

24/SVV/0416
zur Kenntnis genommen

Auf Nachfrage erklärt Frau Meier, dass es hier keine Rechtsgrundlage gibt, die aber benötigt werde. Aus ihrer Sicht könnte dies ein gutes niedrigschwelliges Angebot darstellen, da sicher auch gut angenommen wird. Sie regt an das Thema im Blick zu behalten und zu informieren, wenn es eine entsprechende Rechtsgrundlage gibt.

Die Drucksache wird zur Kenntnis genommen.

6.3 Erarbeitung des neuen Gesamtkonzepts Wohnungsnotfallhilfe in der Landeshauptstadt Potsdam bezüglich DS Nr.: 22/SVV/0824

24/SVV/0441
zur Kenntnis genommen

Frau Eifler lobt den in der Drucksache dargestellten Prozess.

Die Drucksache wird zur Kenntnis genommen.

6.4 Förderung dauerhafter sozial- und gesundheitsfördernder Maßnahmen verstetigen
bezüglich DS Nr.: 23/SVV/0841

24/SVV/0443
zur Kenntnis genommen

Es erfolgt eine kurze Verständigung zur Mitteilungsvorlage.

Die Drucksache wird zur Kenntnis genommen.

6.5 Umsetzung des Paktes für Pflege in der Landeshauptstadt Potsdam

Die Information liegt schriftlich vor und wird zur Kenntnis genommen.

Anlage 1 TOP 6.5_Umsetzung des Paktes für Pflege in der LHP (öffentlich)

6.6 Präsentation der Ergebnisse 2023 zum Zweckentfremdungsverbot

Die Information liegt schriftlich vor und wird zur Kenntnis genommen.

Herr Jekel beantwortet Nachfragen von Seiten der Ausschussmitglieder.

Anlage 1 TOP 6.6_Präsentation Zweckentfremdung von Wohnraum (öffentlich)

6.7 Förderung von Angeboten zur sozialen Integration von Geflüchteten 2024

Die Information liegt schriftlich vor und wird zur Kenntnis genommen.

Herr Jekel beantwortet Nachfragen von Seiten der Ausschussmitglieder.

Anlage 1 TOP 6.7_Förderung von Angeboten zur sozialen Integration von Geflüchteten 2024 (öffentlich)

Anlage 2 TOP 6.7_Präsentation (öffentlich)

6.8 Aufnahme und Unterbringung Geflüchteter: Aktueller Sachstand

Herr Jekel informiert anhand einer Präsentation über das aktuelle Lagebild und verweist eingangs auf die Zugangssituation. Anschließend stellt er die Situation der Auslastung der Unterkünfte vor und geht dann auf die Zusammensetzung nach Herkunft und Altersgruppen in den Unterkünften ein. Er informiert, dass die Metropolis-Halle als Unterkunft zum 31.05.2024 aufgegeben wird.

Abschließend gibt er Informationen zu aktuellen Veränderungen bei den Standorten.

Anlage 1 TOP 6.8_Präsentation_Aufnahme und Unterbringung Geflüchteter Aktueller Stand (öffentlich)

6.9 Sachstand Bearbeitung Behindertenparkausweise

Frau Meier informiert über den aktuellen Stand zu den Verfahren der Fahreignungsüberprüfung im Zusammenhang mit einem Antrag auf Parkerleichterung in der Fahrerlaubnisbehörde.

39 Verfahren wurde bereits Ende November/Anfang Dezember 2023 eingestellt. Eine Einstellungsmitteilung wurde über den OBM persönlich an die Betroffenen verschickt.

33 Betroffenen konnte der Führerschein im Zuge der Fahreignungsüberprüfung 2023 belassen werden. In einigen Fällen wurden die entsprechenden fahrerlaubnisrechtlichen Auflagen/Beschränkungen gem. der Anlage 9 der Fahrerlaubnisverordnung (FeV/Schlüsselzahlen) erteilt.

35 Betroffene verzichteten freiwillig auf ihren Führerschein/auf ihre Fahrerlaubnis. Lediglich ein Betroffener meldete sich nach seinem Verzicht bei der Fahrerlaubnisbehörde bezüglich einer erneuten Fahrerlaubniserteilung.

Bei **vier Betroffenen** wurde die Fahrerlaubnis entzogen. Drei davon befinden sich aktuell im Klageverfahren. Bei einem Verfahren wurde der Eilrechtsschutzantrag bereits vom Verwaltungsgericht Potsdam sowie vom OVG Berlin Brandenburg abgelehnt/verworfen.

Bei einem anderen der o.g. Fälle muss eine Nachbesserung eines Gutachtens (durch Beschluss des Verwaltungsgerichts Potsdam) erfolgen. Dieser Betroffene ist aktuell vorläufig im Besitz einer Fahrerlaubnis.

Bislang liegt kein Urteil vor, das die angeordneten Fahreignungsprüfungen der Fahrerlaubnisbehörde als rechtswidrig bewertet hat.

14 Personen sind mittlerweile verstorben. Die Akten zu diesen Personen wurden bereits vollständig gelöscht.

Sechs Anträge auf Kostenrückerstattung/Schadensersatz wurden bisher bei der Fahrerlaubnisbehörde eingereicht. Davon wurden bereits fünf Anträge durch die AG 322.5 bearbeitet und der zuständigen Stelle (Kommunaler Schadensausgleich "KSA") zur weiteren Bearbeitung und Prüfung übergeben. Aktuell wurde ein Antrag seitens des KSA negativ beschieden.

7 Sonstiges

Herr Adler erinnert an die Einladung an alle Fraktionen zur Veranstaltung zur Fortschreibung des Seniorenplans am 24.04.2024 von 17 bis 19 Uhr.

Vorsitz:

Protokollführung:

Uwe Adler

Martina Spyra